

Congress Report



Entscheidungen und
Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten
von Amerika

Jahrgang 19 (2004), Heft 7-8

**abgeschlossen am
4. August 2004**

	<u>Seite</u>
1. Untersuchungskommission zu Terrorangriffen legt Abschlussbericht vor	1
2. Congress beginnt Anhörungen zu Empfehlungen der <i>9/11 Commission</i>	2
3. Rüstungshaushalt 2005 bewilligt	4
4. Einschränkung des <i>Patriot Act</i> im Repräsentantenhaus blockiert	5
5. Repräsentantenhaus spricht sich gegen gleichgeschlechtliche Ehen aus	6
6. Streit um Fortschreibung von Steuersenkungen	8
7. Haushaltsdefizit erreicht Rekordhöhe	9
8. Oberster Gerichtshof erklärt Haftpraxis nach dem 11. September für verfassungswidrig	9
9. Präsidentschaftswahlen 2004: Parteitag nominiert Kerry und Edwards	11

7-8/2004

0. Der Congress befindet sich bis zum 3. September 2004 in seiner traditionellen Sommersitzungspause.

1. Untersuchungskommission zu Terrorangriffen legt Abschlussbericht vor

Die überparteiliche Kommission zur Untersuchung der Terrorangriffe des 11. September 2001 (*National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States*) hat am 22. Juli 2004 ihre Untersuchungsergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt (vgl. CR 6/2004, S. 1; CR 5/2004, S. 7).

Sie können unter <http://www.gpoaccess.gov/911/index.html> abgerufen werden und haben sowohl in der breiten Öffentlichkeit als auch im Congress (vgl. Punkt 2) großes Aufsehen erregt.

Die Kommission (bestehend aus fünf Republikanern und fünf Demokraten) kommt zu dem Ergebnis, dass weder die Clinton- noch die Bush-Administration den Ernst der Bedrohung der USA durch den transnationalen Terrorismus richtig eingeschätzt haben und spricht von „operational failures“ in der Terrorismusabwehr vor dem 11. September. Dabei mahnt sie insbesondere eine Reform des Nachrichtendienstwesens an, um in Zukunft eine effektivere Koordination zwischen den einzelnen Diensten vornehmen zu können.

Im Einzelnen schlägt die Kommission unter Leitung des Republikaners Thomas H. Kean und des Demokraten Lee H. Hamilton vor:

- die Position eines *National Intelligence Director* zu schaffen (vgl. auch CR 4/2004, S. 9), dem die Kontrolle über das gesamte Nachrichtendienstwesen zufallen soll. Gegenwärtig fungiert der Direktor der *Central Intelligence Agency* (CIA) zwar nominell als Chef des Nachrichtendienstwesens der USA, übt aber faktisch nur über ein Fünftel der hierfür vom Congress zur Verfügung gestellten Mittel die Kontrolle aus.
- ein *National Counterterrorism Center* einzurichten. In diesem neu zu schaffenden Zentrum zur Terrorismusabwehr sollen alle für die Terrorismusbekämpfung relevanten Informationen gebündelt und zentral ausgewertet werden, während die Verantwortung für sämtliche verdeckte Operationen im Kampf gegen den Terrorismus dem Pentagon übertragen werden soll.
- ein gemeinsames Datenverarbeitungssystem für alle an der Terrorismusabwehr beteiligten Dienste zu schaffen, um die „traditionellen Grenzen“ im Informationsaustausch zwischen den einzelnen Diensten zu überwinden.
- die Kontrolle des Nachrichtendienstwesens durch den Congress zu verbessern, um für mehr Effizienz in der Mittelzuweisung zu sorgen.

- die Mittelzuweisung durch den Congress im Rahmen eines einzigen Zuweisungsgesetzes für das Nachrichtendienstwesen vorzunehmen und die Gesamtbewilligungssumme öffentlich zu machen. Gegenwärtig erfolgt die Haushaltsbewilligung für die Geheimdienste der Sache nach im Rahmen der jährlichen *Intelligence Authorization*, während über die eigentliche Ausgabenhöhe im Rahmen der *Defense Appropriations Subcommittees* entschieden wird.
- einen gemeinsamen Ausschuss beider Kammern für das Nachrichtendienstwesen einzurichten bzw. den *Intelligence Committees* im Repräsentantenhaus und im Senat sowohl das Recht zur „Authorization“ als auch zur „Appropriation“ einzuräumen.
- ständige Ausschüsse für Fragen der inneren Sicherheit („Committees on Homeland Security“) in *beiden* Kammern des Congress einzurichten. Die Kommission begründet diese Empfehlung mit der Unübersichtlichkeit des Entscheidungsprozesses zu *Homeland Security* im Congress, an dem derzeit etwa 80 Ausschüsse und Unterausschüsse beteiligt sind.

„Wir sind zu dem Schluss gekommen“, so Lee Hamilton, „dass die Nachrichtendienste ihre Arbeit nicht erledigen können, solange es niemanden gibt, der wirklich verantwortlich ist.“ Präsident Bush hat sich dieser Sichtweise zwischenzeitlich angeschlossen und die Schaffung der Position eines *National Intelligence Director* mit Kabinettsrang verlangt. Die neu zu schaffende Position soll auf Anraten und mit Zustimmung des Senats besetzt werden.

2. Congress beginnt Anhörungen zu Empfehlungen der 9/11 Commission

Der Senat hat am 30. Juli 2004 mit Anhörungen zu den Reformempfehlungen der *National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States* begonnen.

In der ersten außerplanmäßigen Sitzung des *Governmental Affairs Committee* unter Leitung der Senatorin Susan Collins (R-Maine) - kaum eine Woche nach der Vorlage des Abschlussberichts (vgl. Punkt 1) und ungeachtet der Sitzungspause des Congress - wurden die Vorsitzenden der Kommission, Thomas Kean (R) und Lee Hamilton (D), zu den Untersuchungsergebnissen angehört.

Die schnelle Reaktion des Senats hob sich deutlich von der anfänglichen Zurückhaltung der Administration und der republikanischen Führung des Repräsentantenhauses ab.

Präsident Bush und *Speaker* Dennis Hastert begrüßten zwar die Vorlage des Untersuchungsberichts, dämpften aber zunächst Erwartungen hinsichtlich einer Umsetzung der Kommissionsempfehlungen.

Allerdings hatte Senator John Kerry (D-Mass.), der demokratische Präsidentschafts-

kandidat (vgl. Punkt 9), noch am Tag der Veröffentlichung des Kommissionsberichts die sofortige Umsetzung der Reformvorschläge gefordert. Kerry hatte zudem angekündigt, dass er im Falle seiner Wahl zum Präsidenten alle wichtigen Forderungen der Kommission unverzüglich umsetzen will.

Die Senatoren Joe Lieberman (D-Conn.) und John McCain (R-Ariz.), auf deren Initiative das Gesetz zur Einsetzung der Kommission gegen den ursprünglichen Widerstand Präsident Bushs beschlossen worden war (vgl. CR 11/2002, S. 6), ließen ebenfalls verlauten, dass sie sich für eine zügige Behandlung des Kommissionsberichts im Congress einsetzen würden.

Angesichts der hohen Reputation der Kommission, der es gelungen ist, sowohl in der Analyse als auch in den Schlussfolgerungen eine Linie zu finden, die von allen republikanischen wie demokratischen Mitgliedern mit getragen wird, lösten sich die politischen Widerstände gegen eine durchgreifende Neustrukturierung des Geheimdienstapparates binnen weniger Tage in Luft auf.

Die Wirkung des Berichts scheint zu einem guten Teil der strategischen Entscheidung der Kommissionsmitglieder zu verdanken zu sein, persönliche Schuldzuweisungen zu vermeiden und das Augenmerk auf bestehende Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten des Sicherheitssystems und der Terrorabwehr zu richten.

Darüber hinaus wollen sich die Kommissionsmitglieder in Zusammenarbeit mit den Familien der Opfer der Septemberanschläge darum bemühen, die Öffentlichkeit kontinuierlich über die Umsetzung der Reformen zu informieren.

Im Vordergrund der nun entbrannten Reformdebatte steht der Vorschlag der Kommission, die Geheimdienstarbeit, die gegenwärtig auf mehrere Ministerien und Behörden verteilt ist, unter dem Dach einer Sicherheitsbehörde (*National Counterterrorism Center*) und der Oberaufsicht eines Direktors (*National Intelligence Director*), der direkt dem Präsidenten unterstellt ist, zusammenzufassen (vgl. auch Punkt 1).

Während Präsident Bush diesen Vorschlag mittlerweile selbst unterstützt, bleiben die Kompetenzen und der Zuschnitt des neu zu schaffenden Amtes und seiner Führung umstritten.

Die Kommission hat vorgeschlagen, den *National Intelligence Director* mit Kabinettsrang und umfassenden Befugnissen in Personal-, Budget- und Aufgabenverteilungsfragen auszustatten. Entsprechend soll das *National Counterterrorism Center* mehr als nur eine Sammelstelle von Informationen sein und an der Terrorabwehr bis in operative Aktivitäten hinein beteiligt werden.

Gegen solche tief greifenden Reformen regt sich vor allem von Seiten der *Central Intelligence Agency* (CIA), des *Federal Bureau of Investigation* (FBI) und der verschiedenen militärischen Abwehr- und Geheimdienststellen heftiger Widerstand.

Wie die Personal-, Budget- und Kompetenzfragen gelöst werden können, ohne den

National Intelligence Director zu einer machtlosen Symbolfigur zu reduzieren, ist noch offen.

Während sich die Befürworter der Reformen im Congress für eine weitgehende Reorganisation der Zuständigkeiten ausgesprochen haben, will sich die Administration in dieser Frage noch nicht festlegen und verweist auf die anstehenden Beratungen.

Fraglich erscheint vor dem Hintergrund der schwierigen Sachfragen, ob die in Aussicht gestellte Verabschiedung eines Reformgesetzes noch vor den Wahlen im November 2004 zu bewerkstelligen ist.

Kaum erörtert worden sind zudem die zahlreichen weiteren Empfehlungen der Kommission, die von einer Reorganisation der Aufsicht durch den Congress über eine hinreichende Finanzierung und Planung der internationalen Schutz- und Notfalldienste bis hin zur Entwicklung einer außenpolitischen Strategie zur Flankierung der geheimdienstlichen und militärischen Terrorismusbekämpfung reichen.

3. Rüstungshaushalt 2005 bewilligt

Senat und Repräsentantenhaus haben am 22. Juli 2004 mit 96:0 bzw. 410:12 Stimmen dem Bericht des Vermittlungsausschusses zum Rüstungsbewilligungsgesetz 2005 zugestimmt. Er weist Rüstungsausgaben in Höhe von 417,5 Mrd. USD für das kommende Haushaltsjahr aus, nur 1,6 Mrd. USD weniger als von Präsident Bush ursprünglich verlangt.

In der Bewilligungssumme des Congress sind 25 Mrd. USD zur Finanzierung der laufenden Kosten der Militäroperationen in Afghanistan und im Irak enthalten (vgl. CR 5/2004, S. 6).

Die Administration hatte auf Mittelanforderungen in diesem Bereich verzichtet, nachdem der Congress für das laufende Haushaltsjahr 2004, das rechnungstechnisch am 1. Oktober endet, bereits Mittel in Höhe von 68 Mrd. USD bewilligt hatte (siehe CR 11/2003, S. 1).

Allerdings war das *Government Accounting Office* (GAO) in einem Bericht vom Juli 2004 zu dem Schluss gelangt, dass im laufenden Haushaltsjahr mit einer Deckungslücke von 12,3 Mrd. USD zu rechnen ist. John M. Spratt (D-S.C.), Mitglied des Haushaltsausschusses im Repräsentantenhaus, geht für das Haushaltsjahr 2005 gar von einem zusätzlichen Finanzbedarf in Höhe von 40 bis 55 Mrd. USD für die Militäroperationen der USA in Afghanistan und im Irak aus.

Im Einzelnen sieht die Haushaltsbewilligung 2005 des Congress für das Pentagon u.a. vor:

- 77,7 Mrd. für die Rüstungsbeschaffung, 3,0 Mrd. mehr als von der Administration ursprünglich verlangt;
- 69,9 Mrd. USD für Forschung und Entwicklung, 2,1 Mrd. mehr als von Bush gefordert;
- 10 Mrd. USD für die Raketenabwehr, 200 Mio. USD weniger als von der Administration vorgesehen;
- 4,1 Mrd. USD zum Bau von 24 Jagdflugzeugen des neuen Typs F/A-22 „Raptor“, 100 Mio. weniger als vom Pentagon gewünscht;
- 10,4 Mrd. USD für den Bau von Zerstörern der DD(X)-Klasse, 400 Mio. USD mehr als im ursprünglichen Mittelansatz der Administration ausgewiesen.

Insgesamt hat der Congress die Ausgaben für die Rüstung in den letzten vier Jahren um 36 Prozent erhöht. „Mit der nationalen Sicherheit“, so der Senator George V. Voinovich (R-Oh.), stellvertretend für viele Mitglieder der US-Legislative, „kann man keine Spiele treiben.“

Kritik an der Entscheidung äußerten nur wenige Mitglieder des Congress wie Senator Robert C. Byrd (D-W.Va.), der eine „massive Explosion der Rüstungsausgaben“ während der Amtszeit Bushs monierte, am Ende aber doch für die Annahme des Berichts des Vermittlungsausschusses zur *Fiscal Year 2005 Defense Appropriations* stimmte.

4. Einschränkung des *Patriot Act* im Repräsentantenhaus blockiert

Das Repräsentantenhaus hat am 8. Juli 2004 mit 210 gegen 210 Stimmen die Annahme eines Zusatzes zu dem in Reaktion auf die Terroranschläge vom September 2001 verabschiedeten Sicherheitsgesetz (*Patriot Act*, vgl. CR 11/2001, S. 1) abgelehnt, der eine zentrale Komponente der neuen Kompetenzen der Ermittlungsbehörden aufgehoben hätte.

Für die Annahme des von Bernie Sanders (I-Vt.) eingebrachten Gesetzeszusatzes stimmten 197 Demokraten, 12 Republikaner und Sanders selbst, dagegen 198 Republikaner und 12 Demokraten.

Der Gesetzeszusatz hätte die vielleicht am heftigsten umstrittene neue Ermittlungskompetenz im Rahmen des *Patriot Act* zurückgenommen, die den Behörden die geheime Einsicht in die Ausleih- und Verkaufsunterlagen von Bibliotheken und Buchläden erlaubt.

Die Ablehnung bei Stimmengleichheit erfolgte, nachdem der elektronische Zwischenstand zunächst eine Mehrheit von 219 gegen 200 für die Annahme der Einschränkung angezeigt hatte.

Angesichts der drohenden Niederlage verlängerte die republikanische Führung des Repräsentantenhauses jedoch die für die Abstimmung angesetzte Zeit um mehr als 20 Minuten, und bewegte neun Abgeordnete, darunter einen Demokraten, zur Revision ihres Votums.

Mitglieder der demokratischen Fraktion im Repräsentantenhaus protestierten lautstark gegen das Geschäftsordnungsmanöver der Republikaner, die nicht zum ersten Mal auf diesem Weg in letzter Minute einen Erfolg der Opposition verhinderten (vgl. CR 12/2003, S. 1).

Die republikanische Fraktionsführung machte gegen die Einwände geltend, dass die Geschäftsordnung lediglich eine Mindestzeit für die Abstimmungsprozedur vorgibt, und kein Zeitlimit, wie von den Demokraten behauptet.

Präsident Bush hatte das Repräsentantenhaus nachdrücklich aufgefordert, die geplante Einschränkung nicht anzunehmen.

Nach scharfer Kritik von Bibliothekaren und Bürgerrechtlern hatte Justizminister John Ashcroft im Sommer 2003 die geheimen Nutzungsstatistiken seines Ministeriums freigegeben und unterstrichen, dass die neuen Befugnisse zu diesem Zeitpunkt noch nicht angewendet worden waren.

Das knappe Ergebnis und die offensichtliche Bereitschaft einer Mehrheit der Abgeordneten, für Einschränkungen des *Patriot Act* zu stimmen, deuten für das kommende Jahr intensive Auseinandersetzungen um die Fortschreibung des Sicherheitsgesetzes an. Wichtige Bestimmungen des *Patriot Act* laufen 2005 auf Grund von zeitlichen Befristungen (*sunsets*) aus.

5. Repräsentantenhaus spricht sich gegen gleichgeschlechtliche Ehen aus

Das Repräsentantenhaus hat sich am 22. Juli 2004 mit 233:194 Stimmen dafür ausgesprochen, ein Gesetz zum Schutz der Ehe aus dem Jahr 1996, den *Defense of Marriage Act* (DOMA), zu stärken (HR 3313).

Danach sollen Bundesgerichte einschließlich des Obersten Gerichtshofs der USA davon abgehalten werden, sich im Klagefall mit einer Bestimmung des Gesetzes zu befassen, welche den Bundesstaaten das Recht einräumt, gleichgeschlechtliche Ehen, die in anderen Bundesstaaten geschlossen wurden, abzulehnen.

„Die Gesetzgebung“, so James Sensenbrenner (R-Wis.), der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Repräsentantenhaus, „stellt sicher, dass das Volk und die Einzelstaaten eine Mitsprache in der Familienpolitik (*marriage policy*) haben werden.“

Gemeint ist eine Entscheidung des *Massachusetts Supreme Judicial Court* vom November 2003, in der das Gericht die Eheschließung gleichgeschlechtlicher Paare als legal im Sinne der Verfassung des Commonwealth of Massachusetts gewertet und einen Sturm der Kritik von Gegnern so genannter „gay marriages“ im Congress entfacht hatte.

Die Kritiker befürchten, dass der *Defense of Marriage Act (Public Law 104-199)* durch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Massachusetts ausgehöhlt werden könnte, zumal ein gleichgeschlechtliches Paar, dessen Eheschließung in Massachusetts von den Behörden in Florida nicht anerkannt wurde, Anfang Juli 2004 vor dem *U.S. District Court* in Tampa Klage gegen diese Entscheidung eingereicht hat.

Die Befürworter der Gesetzesinitiative um John Hofstetter (R-Ind.) argumentieren, dass Artikel III der US-Verfassung dem Congress eine gewisse Mitsprache in der Jurisdiktion von Bundesgerichten einräumt. Sie beziehen sich dabei auf die Formulierung: „as the Congress may from time to time ordain and establish“.

Die Gegner bezweifeln die Verfassungsmäßigkeit der Entscheidung des Repräsentantenhauses gerade auch mit Blick auf „Marbury versus Madison“ und vertreten die Auffassung, dass der *Supreme Court* den *Defense of Marriage Act* über kurz oder lang als verfassungswidrig erklären wird. „Hier geht es darum, ob die dritte Gewalt im Regierungssystem, die Judikative, weiterhin die Hüterin darüber sein wird, was verfassungsgemäß im amerikanischen (politischen) System ist“, so der Demokrat John Conyers (Mich.), führendes Mitglied der Minderheitsfraktion im Rechtsausschuss des Repräsentantenhauses.

Im Senat war zuvor ein Versuch der Republikaner gescheitert, den Schutz der Ehe als einer „Verbindung zwischen Mann und Frau“ als Zusatz in der Verfassung zu verankern, wofür Zweidrittel-Mehrheiten in beiden Häusern und eine Dreiviertel-Mehrheit der Bundesstaaten erforderlich wäre. Einer der Initiatoren, der Republikaner Wayne Allard (Colo.) begründete den Gesetzesvorstoß im Senat damit, dass die „traditionelle Ehe bedroht ist“, was insbesondere bei konservativ religiösen Gruppierungen großen Nachhall findet.

So muss die Diskussion um so genannte *gay marriages* im Kontext des sich verschärfenden Wahlkampfes eingeordnet werden, wo Präsident Bush sich bereits im Februar 2004 für ein Verbot gleichgeschlechtlicher Eheschließungen ausgesprochen hatte. Die Republikaner zielen dabei offensichtlich darauf ab, die Demokraten als „out of touch“ mit amerikanischen Werten darzustellen, und gleichzeitig religiös konservative Wähler zu mobilisieren, von denen sich nach Einschätzung von Bushs Wahlkampfstrategen Karl Rove mindestens 4 Mio. nicht an der letzten Präsidentschaftswahl 2000 beteiligt haben.

6. Streit um Fortschreibung von Steuersenkungen

Die Bush-Administration hat Mitte Juli 2004 die Vorlage eines neuen Kompromissvorschlages der republikanischen Parteiführungen im Congress zur Fortschreibung der 2001 beschlossenen Steuersenkungen (vgl. CR 6-7/2001, S. 4) verhindert.

Die Führungen der republikanischen Fraktionen von Repräsentantenhaus und Senat hatten sich vor der Intervention des Präsidenten darauf verständigt, die auslaufenden Steuererleichterungen für Familien mit Kindern und mittlere Einkommen um zunächst zwei Jahre fortzuschreiben, um damit einen weiteren scharfen Anstieg des Haushaltsdefizits in der mittelfristigen Finanzplanung zu verhindern.

Ohne eine Verlängerung entfallen Ende 2004:

- die Anhebung des Kinderfreibetrags (*child tax credit*) von 700 auf 1.000 USD jährlich;
- die Gleichstellung von Ehepaaren gegenüber unverheirateten Doppelverdienern (*marriage penalty*),
- die Anhebung der Obergrenzen für den Eingangssteuersatz von 12.000 auf 14.000 USD für Ehepaare und von 6.000 auf 7.000 USD für Alleinstehende sowie
- die Anhebung des Grundfreibetrages für die Mindeststeuer (*alternative minimum tax*) von 45.000 auf 58.000 USD Jahreseinkommen für Ehepaare (33.750 auf 40.250 für Alleinstehende).

Der Kunstgriff der Fortschreibung um zunächst zwei Jahre sollte die Annahme der Verlängerung der Steuervergünstigungen vor allem einer Gruppe zentristischer Republikaner und Demokraten im Senat schmackhaft machen, an deren Vorbehalten die bisherigen republikanischen Vorstöße gescheitert sind.

So haben Lincoln D. Chafee (R-Vt.), John McCain (R-Ariz.), Olympia J. Snowe (R-Maine) und John Breaux (D-La.) kürzlich vorgeschlagen, die neue Runde von Steuererleichterungen auf 30 Mrd. USD zu begrenzen und durch die Erhöhung von Zollgebühren gegen zu finanzieren.

Die Mehrheit der Demokraten will dagegen ein größeres, auf mittlere und untere Einkommen zugeschnittenes Paket von Erleichterungen schnüren und durch die Streichung von Steuervergünstigungen für höhere Einkommen finanzieren.

Das überraschende Insistieren des Präsidenten, der nur wenige Tage zuvor eine schnelle Entscheidung angemahnt hatte, auf eine Fortschreibung der Steuersenkungen um sogar fünf Jahre hat die Chancen für einen Kompromiss deutlich verringert.

Zum einen lassen die höheren Kosten es fraglich erscheinen, dass die Republikaner genügend Stimmen aus dem Lager der kompromissbereiten, aber über das steigende Defizit (vgl. Punkt 8) besorgten Senatoren gewinnen können.

Zum anderen macht es die bevorstehende heiße Phase des Wahlkampfs unwahrscheinlich, dass die beiden Parteien Bereitschaft zur Kooperation in einer Frage von so hoher symbolischer Bedeutung wie dem Steuersenkungspaket Bushs von 2001 zeigen.

7. Haushaltsdefizit erreicht Rekordhöhe

Das *Office of Management and Budget* (OMB), das Haushaltsbüro im Weißen Haus, hat Ende Juli 2004 neue Zahlen zum Haushaltsdefizit vorgelegt. Danach wird das Defizit im laufenden Haushaltsjahr 2004, das rechnungstechnisch am 30. September endet, die Rekordmarke von 445 Mrd. USD erreichen. Das sind 70 Mrd. USD mehr als im Jahr 2003, als das Defizit 375 Mrd. USD betrug (vgl. auch CR 2/2004, S. 5).

Anfänglich hatten die Defizitschätzungen der Administration für 2004 sogar bei 521 Mrd. USD gelegen. Präsident Bushs Budgetdirektor Joshua B. Bolton bezeichnete die neuen Defizitzahlen als „unwelcome“, unterstrich jedoch, dass sie im Vergleich zu ersten Schätzungen deutlich machten, dass die amerikanische Wirtschaft wächst.

Allerdings wies das Handelsministerium darauf hin, dass sich das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal auf 3,0 Prozent (gegenüber 4,5 Prozent im ersten Quartal) verlangsamt hat.

Die Demokraten und deren Präsidentschaftskandidat John F. Kerry wiederum sprachen vom größten Haushaltsdefizit in der US-amerikanischen Geschichte und warfen dem Präsidenten „failed budget policies“ vor.

Für das kommende Haushaltsjahr 2005, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2004 beginnt, rechnet OMB mit einem Defizit im amerikanischen Bundeshaushalt in Höhe von 331 Mrd. USD.

8. Oberster Gerichtshof erklärt Haftpraxis nach dem 11. September für verfassungswidrig

Der Oberste Gerichtshof der USA hat Ende Juni 2004 die Haftpraxis für Terrorverdächtige nach dem 11. September 2001 für verfassungswidrig erklärt und eine Überprüfung der Haftmodalitäten angeordnet (vgl. CR 2/2004, S. 8).

Präsident Bush hatte im November 2001 auf der Grundlage einer *executive order* das Verteidigungsministerium dazu ermächtigt sowohl nicht-amerikanische als auch ame-

rikanische Staatsbürger, die des Terrorismus verdächtig sind, in US-Militärgefängnissen gefangen zu halten. Gleichzeitig wurde ihnen mit Hinweis auf ihren Kriegsgefangenenstatus das Recht auf eine zivile Strafverteidigung verwehrt.

Der *Supreme Court* entschied nun in ‘*Rumsfeld, Secretary of Defense v. Padilla et al.*’ (siehe <http://laws.findlaw.com/us/000/03-10.27.html>), dass

- nicht-amerikanische Staatsbürger, die in Guantanamo als Terrorverdächtige festgehalten werden, das Recht auf eine Überprüfung ihrer Haft durch amerikanische Bundesgerichte haben (Fall Shafik Rasul);
- ein US-amerikanischer Staatsbürger, der als Terrorverdächtiger in Afghanistan gefangen genommen und nach Guantanamo überstellt worden war, das Recht auf Überprüfung seines Haftstatus durch einen „neutral decision-maker“ hat (Fall Jaser Hamdi);
- die Entscheidung eines New Yorker Berufungsgerichts, nach der US-amerikanische Staatsbürger nicht ohne vorherige, ausdrückliche Autorisierung durch den Congress der US-Militärgerichtsbarkeit überstellt werden dürfen, aus verfahrenstechnischen Gründen nicht haltbar ist (Fall Jose Padilla).

Mit Blick auf Guantanamo unterstrich der *Supreme Court*, dass es sich hier nicht um extraterritoriales Gebiet handelt, das den Geltungsbereich amerikanischer Bundesgerichtsbarkeit nicht berührt, sondern von „exclusive jurisdiction and control“ der USA mit Blick auf die amerikanische Militärbasis auszugehen ist.

Gleichzeitig machte Richter David H. Souter deutlich, dass die Ermächtigungsresolution des Congress im Kampf gegen den Terrorismus vom Oktober 2001 (vgl. CR 9/2001, S. 1) keine ausdrückliche Autorisierung für die Inhaftierung von Terrorismusverdächtigen ohne Überprüfungsmöglichkeit durch entsprechende Bundesgerichte darstellt.

Richter Antonin Scalia wies darüber hinaus darauf hin, dass die Frage danach, inwieweit die Terrorangriffe des 11. September mit Verweis auf die nationale Sicherheit die Aussetzung von Freiheitsrechten legitimieren, schlussendlich von der Legislative und nicht vom Obersten Gerichtshof entschieden werden muss. Für Scalia ist nach Maßgabe der US-Verfassung der Congress aufgefordert für Rechtsklarheit zu sorgen.

Der Präsident hat bisher mit Verweis auf seine inhärenten verfassungsmäßigen Rechte als Oberkommandierender der Streitkräfte die exklusive Definitionshoheit in diesem Bereich beansprucht.

9. Präsidentschaftswahlen 2004: Parteitag nominiert Kerry und Edwards

Die demokratische Partei hat zum Abschluss ihres Parteitags vom 26. bis zum 29. Juli 2004 in Boston, Massachusetts, Senator John Kerry offiziell als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im November nominiert.

Die Nominierung war nach der eindrucksvollen Siegesserie Kerrys in den Vorwahlen, die von Januar bis Juni in den Einzelstaaten abgehalten wurden (vgl. CR 1/2004, S. 7), eine Formsache. Der Parteitag diente vor allem der Mobilisierung der Partei und der öffentlichen Vorstellung des Kandidaten.

Bereits Anfang Juli 2004 hatte Kerry bekannt gegeben, dass seine Wahl für den Vizepräsidenten auf Senator John Edwards (N.C.) gefallen ist. Damit gab er unter zahlreichen Konkurrenten dem eindeutigen Favoriten der Partei den Vorzug.

Der jugendlich wirkende Edwards hatte in den Vorwahlen die demokratische Anhängerschaft als Wahlkämpfer mit einem gekonnt vorgetragenen Mix von Kritik an sozialer Ungleichheit und wirtschaftlichen Problemen und kämpferischem Optimismus beeindruckt und zeigte auch in Wählerumfragen den stärksten Zuspruch.

Der viertägige Parteitag stand unter dem Leitmotto: *Stronger at Home, Respected in the World*. Während der Kritik an Präsident Bush nur ein überraschend knapper Raum zugestanden wurde, rückte die straffe Parteitagsregie die Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Außen- und Sicherheitspolitik in den Vordergrund.

Neben den Reden von Edwards und Kerry bildeten die Auftritte des früheren Präsidenten Bill Clinton und des Jungstars der Partei, Barack Obama, eines schwarzen Nachwuchspolitikers und aussichtsreichen Kandidaten für den Senatsitz von Illinois, die Höhepunkte des Parteikonvents.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass sich alle Vorwahlkonkurrenten Kerrys in einer Parade von Ansprachen hinter den Kandidaten stellten und damit die Geschlossenheit der Partei demonstrierten.

Wie der Parteitag insgesamt konzentrierte sich auch Kerry selbst stark auf seine Wählbarkeit und persönliche Eignung als Präsident, insbesondere in der Rolle als *Commander-in-Chief*, dem die Sicherheit des Landes in Krisenzeiten anvertraut werden könne.

In seiner Rede, in der wirtschafts- und sozialpolitische Fragen über weite Strecken in den Hintergrund traten, hielt Kerry Bush vor, „[that he] ... misled us into war“. Allerdings werde auch er als Präsident nicht zögern, gegebenenfalls militärische Gewalt anzuwenden, aber der Standard müsse lauten, „[that] ... America never goes to war because we want to; we only go to war because we have to“ (vgl. CR 6/2004, S. 9).

Kerrys Rede, die Auswahl John Edwards und der Parteitag stießen in der Öffentlichkeit ungeachtet der eng geführten Inszenierung, die kaum Spontaneität zuließ, auf eine

breite und positive Resonanz.

Vor allem gelang es Kerry, sein persönliches Image gegen republikanische Vorhaltungen, er sei als Präsidentschaftskandidat zu schwach und wankelmütig, nachdrücklich zu verbessern. Wenngleich seine engagierte und kämpferische Rede viele inhaltliche Fragen offen ließ, beeindruckte er offensichtlich als Vietnamkriegsveteran und kritischer Patriot die Wählerschaft.

Ungeachtet des in Presseberichten und Meinungsumfragen dokumentierten guten Abschneidens Kerrys blieb ein merklicher Schub für seine Wahlchancen im November jedoch augenscheinlich aus.

Einige Umfragen wie die der *Washington Post-ABC* diagnostizierten einen leichten Anstieg der Zustimmungswerte für Kerry von 46 auf 50 Prozent nach dem Parteitag gegenüber 48 und 44 Prozent für Bush. Demgegenüber stellte eine *CNN-Gallup* Umfrage sogar einen kleinen Rückgang von 49 auf 48 Prozent und damit einen Gleichstand mit Bush fest.

Das Ausbleiben eines höheren ‚*convention bounce*‘ bestätigt jene Beobachter, die angesichts des bereits seit März laufenden Wahlkampfes und der scharfen Polarisierung der Wählerschaft geringe Bewegungen der Umfragewerte prognostiziert hatten.

Mit Spannung wird nun der republikanische Parteitag Ende August erwartet, der Präsident Bush die Chance bietet, seine Vorstellungen für eine zweite Amtszeit medienwirksam zu entwickeln.

Bush, der wie Kerry im bisherigen Wahlkampf sparsam mit Programm- und Politikvorschlägen umgegangen ist, will nach eigenem Bekunden die kommenden Wochen für eine Präzisierung seiner wirtschafts- und sicherheitspolitischen Agenda nutzen.